

Stellungnahme zum Entwurf eines Netzentwicklungsplans (NEP) der Übertragungsnetzbetreiber vom 30.05.2012

Den NEP begrüße ich als einen wichtigen Baustein der Energiewende. Das öffentliche Beteiligungsverfahren ist erfreulich, angesichts eines immer stärkeren Willens nach Transparenz und Bürgerbeteiligung allerdings auch schon lange überfällig.

Beteiligung der Verteilnetzbetreiber

Mein wesentlicher Kritikpunkt am vorliegenden NEP ist, dass er nur von den vier Übertragungsnetzbetreibern beauftragt und erstellt wurde. Damit wurde nur ein kleiner Ausschnitt der tatsächlichen Herausforderungen an die Energienetze betrachtet. Es stellt sich die Frage, warum hier nicht auch die regionalen Betreiber der Verteilnetze einbezogen worden sind, über die die erneuerbaren Energien in das Netz eingespeist werden. Unserem Kenntnisstand war das in Thüringen bei der E.ON Thüringer Energie AG nicht der Fall. Wenn es also nicht zu einer nachweisbaren Einbindung der Verteilnetzbetreiber in den Konsultationsprozess kommt, dann wird die Aussagefähigkeit des NEP erheblich verringert.

Anpassung der Ziele und des Auftrags für einen Netzentwicklungsplan

Daneben sehe ich in der Aussage von der Startseite des www.netzentwicklungsplan.de „Die Übertragungsnetze bilden das Rückgrat der Energieinfrastruktur, die diesen Wandel (der Energiewende d. Verf.) erst ermöglicht“ ein wesentliches Mißverständnis in der Herangehensweise an die mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen. Meiner Ansicht nach ist der Aufbau und die Einbindung von Speicherkapazitäten für erzeugte erneuerbare Energie eine der zentralen Aufgaben. Dazu zählt im Besonderen auch die Einbeziehung der Gasnetze. Dem notwendigen Wandel wird so nicht Rechnung getragen, v.a wenn wie auf S. 21 des NEP davon gesprochen wird die Speichertechnologie Power-to-Gas sei „keine Alternative zum Ausbau des elektrischen Übertragungsnetzes“.

Ich halte es daher für dringend notwendig, die aktuellen Entwicklungen aufzunehmen und in den Planungen ernsthaft zu berücksichtigen. So wurde auf der 78. Umweltministerkonferenz am 22. Juni in Schleswig die Bundesregierung gebeten, die Entwicklung von Energiespeichern verstärkt voranzutreiben.

Für mich stellt sich zudem die Frage, ob der im NEP prognostizierte zusätzliche Übertragungsbedarf tatsächlich auf Dauer besteht. Es ist absehbar nicht davon auszugehen, dass sich der heutige deutsche Gesamtenergiebedarf wesentlich erhöht, wovon auch der gegenwärtige Entwurf des NEP nicht ausgeht. Daher sollte

es der Anspruch des NEP sein, den Strom auf den vorhandenen Trassen zu übertragen. Wir fordern daher die Möglichkeiten der Netzertüchtigung auszuschöpfen. Die bereits seit Jahren von Thüringer Bürgerinitiativen geforderte Umrüstung der bestehenden Trassen auf Hochtemperaturleiterseile (HTLS) wird im NEP unzureichend diskutiert und geplant. Allein auf der Trasse Remptendorf-Redwitz wird eine HTSL-Trasse geplant. Es sollte daher wie gesetzlich gefordert (EnWG §12b (1) 3b) eine standardmäßige Überprüfung im NEP erfolgen, ob HTSL-Seile auf vorhandenen Strecken eingesetzt werden können. Der Einsatz der HTLS-Technik sollte nach einer erfolgreichen Erprobung zügig flächendeckend umgesetzt werden.

Daran schließt sich die generelle Forderung an, die gesamte Planung des NEP unter das NOVA-Prinzip zu stellen, also Optimierung vor einer Verstärkung vor einem Ausbau des Netzes. Dass vor jedwedem Netzausbau eine Optimierung/Verstärkung der existierenden Netze in Betracht gezogen werden muss, ist schon aus volkswirtschaftlichen und Effizienzgesichtspunkten ratsam. Dieser im Plan N der Deutschen Umwelthilfe in einem großen Konsens niedergelegte Kompromiss sollte für alle Netzplanungen grundsätzlich in Anwendung gebracht werden.

So könnte die in der Diskussion befindliche „Power-to-Gas“-Option langfristig einen Beitrag zum effizienteren Netzausbau, und zur Reduzierung der Netzausbaunotwendigkeit im Stromübertragungsnetzbereich führen, weil das Gasnetz für den Abtransport der in Gas umgewandelten Stromerzeugungsspitzen aus der regenerativen Elektrizitätserzeugung (z. B. aus Offshore-Windparks) genutzt werden kann.

Transparenz und Bürgerbeteiligung erhöhen

Beim Thema der Bürgerbeteiligung sehe ich die Möglichkeiten der Mitsprache und Information im Rahmen des NEP-Konsultationsverfahrens als unzureichend an. Es ist zwar sehr begrüßenswert, dass es zu Dialogveranstaltungen in Berlin, Kiel, Stuttgart und Augsburg gekommen ist. Allerdings gab es keine Veranstaltungen in den Räumen und Ländern, die für den Transit vorgesehen sind, wie zum Beispiel in Thüringen. Ebenso ist die auf sechs Wochen begrenzte Zeit der Mitwirkung viel zu kurz, um Bürgerinnen und Bürger angemessen einzubinden.

Dazu gehört auch, die im NEP beschriebenen Einzelmaßnahmen ausführlich zu begründen und die jeweiligen Gründe für ihren Bau (Ausbau der erneuerbaren Energien, Versorgungssicherheit, Ausbau von Handelsströmen) konkret zu benennen sowie zu erläutern.